

Öffnung mit Hindernissen:

Schulöffnungen führen zu Mehrbelastung, viele Lehrkräfte fühlen sich nicht sicher

Eines der Kernergebnisse der aktuellen forsa-Umfrage im Auftrag des VBE: Jede dritte Lehrkraft fühlt sich nicht ausreichend geschützt, gerade weil Abstände nicht eingehalten werden können und kaum oder keine Reinigungsmittel und dafür notwendige Handschuhe und Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt werden. Zudem nutzt die Politik nicht die Möglichkeit, die in zum Beispiel Supermärkten und Arztpraxen eingesetzt wird. So kann das Aufstellen von Plexiglasscheiben dabei unterstützen, den Kontakt zwischen Lehrkraft und Schülerin oder Schüler bei dem Korrigieren von Aufgaben sicherzustellen, ohne ein erhöhtes Infektionsrisiko durch Tröpfchen eingehen zu müssen. Allerdings berichten 78 Prozent der Lehrkräfte, dass es das nicht gibt.

Diese Erkenntnisse wurden im Rahmen einer repräsentativen Umfrage gewonnen, die im Mai 2020 unter 1.006 Lehrkräften allgemeinbildender Schulen durchgeführt wurde. Allgemein zeigen die Zahlen, dass die Lehrkräfte momentan noch mehr Aufgaben schultern müssen. Demnach geben 60 Prozent der Lehrkräfte an, dass sie im Vergleich zum regulären Schulbetrieb eine höhere Belastung haben, weitere 20 Prozent eine ähnliche. Insbesondere die Parallelität von Präsenzunterricht, der Aufgabenerstellung für das selbstständige Lernen zu Hause und der Begleitung dieser Schülerinnen und Schüler sowie dem Einsatz in der Notbetreuung ist eine Herausforderung. Nach weiteren Ursachen für den Mehraufwand gefragt, sagt die Hälfte, dass es einen höheren Organisationsaufwand gibt, zum Beispiel um Aufgaben zu versenden, und dass der Bedarf an Kommunikation zu unterschiedlichen Zeiten wächst. „Wir sehen eine deutliche Ausweitung der Zeiten, zu denen Lehrkräfte arbeiten. Eltern und Schülerinnen und Schüler lernen zu Hause, wie es am besten in die dortigen Strukturen passt. Das ist auch vollkommen in Ordnung – nur entsteht so zu unterschiedlichsten Zeiten der Bedarf an Unterstützung durch die Lehrkraft. Das führt zu einer Streckung der Arbeitszeit. Die Kultusministerien sind aufgefordert, hier sehr genau hinzusehen, dass der Arbeitsschutz der Beschäftigten gesichert wird“, erklärt der VBE Bundesvorsitzende, Udo Beckmann.

Und auch sonst sind die Ministerien gefordert. Die von den befragten Lehrkräften priorisierten Entlastungsmöglichkeiten sprechen eine deutliche Sprache: Je die Hälfte der Befragten sagt, dass es sie entlasten würde, nicht gleichzeitig für Lerngruppen in der Schule und zu Hause zuständig zu sein und wenn organisatorische Aufgaben reduziert würden. Ungefähr ein Drittel der Lehrkräfte setzt für eine Entlastung auf curriculare Veränderungen, wie Lerninhalte zu reduzieren oder sich auf die Kernfächer zu konzentrieren. Das passt auch gut zusammen mit der Erkenntnis, dass 82 Prozent der befragten Lehrkräfte sagen, dass es in der Schulöffnungsphase die größte Herausforderung sei, Lernunterschiede auszugleichen. Beckmann kommentiert: „Die entstandenen Lernunterschiede sind unterschiedlich groß und unterschiedlich schnell zu schließen. Das Ausgleichen funktioniert am besten durch individuelle Förderung. Diese baut auf zwei Säulen: So viele Lehrkräfte, wie nötig, in der Lerngruppe zu haben, und die Unterstützung durch multiprofessionelle Teams. Es ist Aufgabe der Politik, dies schnellstmöglich sicherzustellen.“

Wichtig sei auch eine angemessene Informationspolitik. So kann ein Viertel der Lehrkräfte nicht sagen, ob sich eine Person, die Erkältungssymptome zeigt, an der Schule aufhalten dürfe – weil es nicht eindeutig geregelt ist oder sie es nicht wissen. Zudem konnte über die Hälfte der Befragten keine Angaben zu den Quarantäneregelungen machen. Hier sei ein Informationsdefizit entstanden, welches die Kultusministerien zu verantworten haben, kritisiert Beckmann und fordert: „Es braucht einfache und klare Regelungen, die nachvollziehbar und eingängig sind. Zudem müssen die Gesundheitsministerien auch weitere Maßnahmen ergreifen, um den Gesundheitsschutz wieder glaubwürdig zu priorisieren. Dazu könnte auch das Angebot freiwilliger Testungen auf das Corona-Virus zählen. Zwar bieten diese keine Sicherheit, nicht zu einem späteren Zeitpunkt zu erkranken, erhöhen aber das subjektive Sicherheitsgefühl und könnten auch im Rahmen der Strategie zur Ausweitung der Testaktivitäten ihren Platz haben. 74 Prozent der Lehrkräfte befürworten freiwillige Tests.“

Es würden gerne – freiwillig – regelmäßig auf das Corona-Virus getestet werden

	ja %	nein % *
insgesamt	74	21
Männer	75	21
Frauen	74	21
unter 40-Jährige	76	19
40- bis 49-Jährige	72	21
50- bis 59-Jährige	74	23
60 Jahre und älter	76	18
Schulform:		
Grundschule	71	21
Haupt-, Real-, Gesamtschule	79	16
Gymnasium	70	26

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Stimme der Lehrkräfte kämpft gegen Lehrerbashing

Obwohl Bildung durch Schulschließungen und -öffnungen, durch die Belastungen für die Lehrkräfte und der Eltern und die Überlegungen zum Kindeswohl in den Medien oft thematisiert wird, gibt es doch selten die direkte Auseinandersetzung mit diesem Thema in Talkshows. Dies änderte sich am 25. Mai 2020, als bei „hart aber fair“ getitelt wurde: „Kinder und Eltern zuletzt – scheitern Schulen an Corona?“. Geladen waren u. a. die Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey und die Kultusministerin aus Baden Württemberg, Dr. Susanne Eisenmann, sowie der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann.



Selten war das Medienecho nach der Sendung so einhellig, wie darüber, dass der Moderator Frank Plasberg jede Möglichkeit zum „Lehrerbashing“ genutzt habe: Angefangen mit der Frage, ob es vertretbar sei, dass Lehrkräfte einen Brückentag nehmen bis hin zum Einspieler, der eine anklagende Mutter zeigte, welche die mangelnde (digitale) Unterstützung der Lehrkräfte kritisierte. Udo Beckmann jedoch äußerte sich versiert, ließ sich auf Verallgemeinerungen nicht ein und schaffte Verständnis für den Drahtseilakt, den viele Lehrkräfte gerade zwischen Präsenz- und Fernlernen, Betreuung der eigenen Kinder und Notbetreuung der Kinder anderer hinbekämen. Die Sendung kann hier abgerufen werden: <https://kurzelinks.de/vgtk>

Anmeldebeginn für die Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) ist offizieller Kooperationspartner des Deutschen Kinderhilfswerks und des Verkehrsclubs Deutschland, welche die Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ ausrichten. Diese finden vom 21. September bis zum 02. Oktober 2020 statt. In den Vorjahren haben Kinder zum Beispiel Fußabdrücke gestaltet und so ihren Laufweg illustriert, Laufpatenschaften gebildet oder Wanderungen veranstaltet.



Ab sofort ist es möglich, sich auf der Webseite mit einer Aktion an der eigenen Schule zu registrieren: <https://www.zu-fuss-zur-schule.de/login/registrierung>. Wer sich bis zum 31. August 2020 registriert, nimmt zudem automatisch an dem Ideenwettbewerb teil. Die drei einfallsreichsten und kreativsten Ideen werden mit Preisen prämiert. So erwarten die Gewinner Kisten mit Spielgeräten für eine bewegte Pause.

Trinationale Zusammenarbeit, auch in Zeiten von Corona

Jährlich begegnen sich Vertreterinnen und Vertreter des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) mit ihren der Partnergewerkschaften aus Österreich (GÖD-aps) und der Schweiz (LCH) bei Trinationalen Treffen in einem der drei Länder. Das für dieses Jahr angesetzte Treffen hätte in Dresden stattgefunden, musste aber aufgrund der aktuellen Lage abgesagt werden. Trotzdem nutzten die Eingeladenen die Möglichkeit, an dem angesetzten Termin zusammenzukommen – wie so vieles dieser Tage: digital.

Nach einer Bestandsaufnahme wurde deutlich, dass in Österreich und der Schweiz, genauso wie in Deutschland, die Schulschließungen teilweise sehr kurzfristig angekündigt wurden, sodass kaum Vorbereitung möglich war. Was sich in der Folge umso stärker gezeigt hat: die eklatanten Defizite bei dem Einsatz digitaler Technologien in Schule aufgrund der miserablen Ausstattungslage, die quantitativ und qualitativ unzureichende Fortbildung der Lehrkräfte und die fehlende Übung sowohl der Lehrkräfte als auch der Schülerinnen und Schüler im Umgang mit digitalen Endgeräten zum Zweck der schulischen Bildung. In einer „Gemeinsamen Erklärung zu einem Innovationsschub für digitale Technologien an Schulen“ fordern die Partnerverbände die Politik ihrer Länder auf, die Krise als Impuls für Innovation zu nutzen und Investitionen zielgerichtet einzusetzen, die auch kreative Lösungen und den Austausch zwischen den Schulen fördern. Zudem müsse bei der Nutzung digitaler Technologien stets die Bildungsgerechtigkeit im Fokus stehen. Dafür braucht es die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten und viel Übung im Umgang mit diesen, auch um Medienkompetenz zu erlangen. Nicht zuletzt wird so eine echte Methodenauswahl für die Lehrkräfte ermöglicht. Sie können dann entscheiden, welche Methode den höchsten Mehrwert für die Schülerinnen und Schüler hat. „Das muss unser gemeinsames Ziel sein.“ – so schließt die Erklärung der drei Lehrerverbände.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE